



KATRIN GÖRING-ECKARDT \* DR. ANTON HOFREITER \* PLATZ DER REPUBLIK 1 \* 11011 BERLIN

S.E. Dem Botschafter der Volksrepublik China  
Herrn Shi Mingde  
Märkisches Ufer 54  
10179 Berlin

23. November 2018

### **Ihre Stellungnahme vom 9. November/Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Botschafter,

mit Ihrem Schreiben vom 9. November dieses Jahres haben Sie sich an Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag mit der Aufforderung gewandt, unseren Antrag zur Situation der Menschenrechte in der zur Volksrepublik China gehörenden Region Xinjiang in unserem Parlament nicht zu diskutieren.

Die Souveränität von Staaten ist ein unantastbares Gut. Das Unterlassen äußerer Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten ist ein wichtiger Aspekt einer regelbasierten internationalen Ordnung. Diese Ordnung basiert allerdings auf Regeln, die die Völkergemeinschaft miteinander verabredet hat. Dazu gehört unverrückbar u.a. die völkerrechtlich verbindliche Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die die Absichtserklärung beinhaltet, die darin enthaltenen Menschenrechte in allen Staaten durchzusetzen und zu schützen.

Daraus leitet sich für uns die Verpflichtung ab, auf mögliche systematische Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen, so wie es im umgekehrten Falle Ihre Pflicht wäre, uns Deutsche auf mögliche systematische Menschenrechtsverletzungen in unserem Land hinzuweisen. Es wäre aus unserer Sicht dann nicht hinnehmbar, wenn die deutsche Botschaft zu Peking dem Chinesischen Nationalen Volkskongress das Recht absprechen würde, dieses Thema zu diskutieren.

Mit unserem Antrag sind wir unserer oben beschriebenen Pflicht nachgegangen. Wir erkennen an, welche Gefahren der dschihadistische Terrorismus und der Separatismus in dieser Region für die Souveränität und die Sicherheit der Menschen in der Volksrepublik China darstellen und werden diese auch weiterhin thematisieren und verurteilen. Dennoch entbindet im Sinne des Völkerrechts die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Terrorismus oder Separatismus keinen Staat der Welt von seiner Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte.

Die vorliegenden Berichte über die Menschenrechtssituation in der zur Volksrepublik China gehörenden Region Xinjiang – u.a. von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte – sind zutiefst besorgniserregend. Danach sind in sogenannten „Umerziehungslagern“ hunderttausende Menschen aus der muslimischen Minderheit der Uiguren sowie zunehmend auch der Kasachen interniert worden. Sie werden zudem vielfach sprachlich und kulturell diskriminiert sowie in ihrer Meinungs-, Bewegungs- und Religionsfreiheit massiv eingeschränkt. Diese Berichte zeigen, dass der von uns in den Deutschen Bundestag eingebrachte und fraktionsübergreifend mit viel Zustim-

mung bedachte Antrag berechtigte Sorgen anspricht, die zwischen Partnerstaaten wie den unseren thematisierbar sein müssen. Wir als frei gewählte Abgeordnete werden weiterhin souverän und unabhängig die im Deutschen Bundestag zu diskutierenden Themen bestimmen. Dabei werden wir sehr genau darauf achten, ausgewogen und fundiert zu diskutieren. Der freie Diskurs ist der Kern unseres Parlaments, von dem wir nicht abweichen werden.

Darüber, über die Situation der Menschenrechte in Xinjiang oder über die Möglichkeit einer Abgeordnetenreise unserer Fraktion in diese Region der Volksrepublik China zur Informationsgewinnung vor Ort sowie Gesprächen mit Gefangenen wie dem seit mehr als vier Jahren inhaftierten Ilham Tohti steht Ihnen die Fraktion für ein Gespräch gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



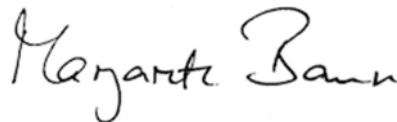
Katrin Göring-Eckardt



Toni Hofreiter



Agnieszka Brugger



Margarete Bause



Omid Nouripour



Jürgen Trittin



Claudia Roth



Frithjof Schmidt




Cem Özdemir



Kai Gehring



Manuel Sarrazin



Franziska Brantner



Tobias Lindner



Uwe Kekeritz



Ottmar von Holtz